

Für ein nachhaltiges, sozial-ökologisch orientiertes Konjunkturprogramm

Aktuelle Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Luxemburg, den 20. Januar 2009

Für ein nachhaltiges, sozial-ökologisch orientiertes Konjunkturprogramm

Aktuelle Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Wie in anderen Ländern, wird nun auch in Luxemburg über die Notwendigkeit der Erstellung eines Konjunkturprogrammes diskutiert. Ein diesbezügliches Dokument seitens der Regierung scheint aber noch nicht vorzuliegen. Angekündigt wurde eine Diskussion mit den Sozialpartnern, dies im Laufe dieser Woche. Welche genauen Ziele, welche Prioritäten ein eventuelles Konjunkturprogramm verfolgen soll bzw. welches der finanzielle Umfang sein soll, ist somit noch unklar.

Auch die geschaffene Spezialkommission der Abgeordnetenkammer „crise économique et financière“ scheint ihre Arbeiten ohne ein solches Grundlagendokument seitens der Regierung aufgenommen zu haben.

Für den Mouvement Ecologique ist es wesentlich, dass die Erstellung eines Konjunkturprogrammes im Rahmen des Luxemburger Planes für eine nachhaltige Entwicklung erfolgen muss.

Konjunkturprogramm an Zielen der nachhaltigen Entwicklung orientieren

Der Mouvement Ecologique ist der festen Überzeugung, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Debatten um das Konjunkturprogramm dazu genutzt werden sollen, um grundsätzliche Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu setzen, um Luxemburg zukunftsfähiger zu gestalten.

Es sollten bewusst (nur) solche Projekte verstärkt unterstützt werden, welche einen realen Beitrag leisten zur Erreichung der Klimaschutzziele, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Steigerung der Gewässergüte, zur regionalen, ressourcenleichten und naturverträglichen Ökonomie, zur sozialen Kohäsion ... Dabei soll die Gewichtung auf der Steigerung des Wohlstandes und des Gemeinwohls - statt auf einem unkohärenten Wachstum liegen.

Diese Verknüpfung eines Konjunkturprogrammes mit den Nachhaltigkeitszielen ist umso wichtiger, da somit vielfach eine sogenannte Win-Win-Win Situation erreicht werden kann: sowohl Vorteile aus ökologischer, ökonomischer als auch aus sozialer Sicht:

- Arbeitsplätze können erhalten sowie geschaffen werden, auch indem die regionale Ökonomie gestärkt wird;

- die Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wird reduziert (und die damit verbundenen Kosten);
- auch entstehen vielfach Vorteile für den Einzelnen (geringere Energiekosten, behaglichere Atmosphäre durch eine bessere Isolation ...) durch z.B. die Förderung von Energieeffizienz, einem verbesserten Mobilitätsangebot;
- CO₂-Emissionen werden eingespart und somit wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet, was ebenso aus ökonomischer Sicht vorteilhaft ist (Gelder werden z.B. nicht für umstrittene CDM Projekte u.ä. genutzt, sondern kommen der nationalen Wirtschaft zu Gute);
- und ein nachhaltiges Konjunkturprogramm könnte genutzt werden, um ebenfalls Akzente im sozialen Sektor zu setzen.

Es gilt demnach die aktuelle Krisensituation zu nutzen und dank eines sinnvollen zukunftsorientierten Konjunkturprogrammes kurzfristig Arbeitsplätze zu stabilisieren und zum Teil neu zu schaffen sowie unser Wirtschaftssystem zu ökologisieren und den sozial-ökologischen Umbau zu beschleunigen.

Die Krise kann somit auch eine Chance für einen Kurswechsel in unserer Gesellschaft darstellen, wenn die Weichen denn richtig gestellt werden. Es gibt viele Ideen, die einer Umsetzung harren.

„Verschrottungsprämie“ für Wagen: keine Maßnahme im Sinne eines nachhaltigen Konjunkturprogrammes

Der Umweltminister hat als einziges Regierungsmitglied bisher erste Vorstellungen auf den Tisch legt, die konjunkturell wirksam sein können und gleichzeitig gemäß der Konzeption der Regierung Nachhaltigkeitsziele berücksichtigen: das Projekt einer staatlichen Prämie beim Kauf neuer Kühlschränke, die Subventionen im Bereich der Sanierung von Altbauten und des energieeffizienten Neubaus bzw. die geplante Einführung einer sog. Verschrottungsprämie für Autos.

Eine zeitlich befristete Prämie auf dem Kauf von „Bestgeräten“ im Haushaltsbereich ist durchaus sinnvoll: damit kann in der Tat deren Markteinführung erleichtert und gefördert werden. Ökobilanzen zeigen in der Tat auf, dass der Ersatz von Kühlgeräten bereits nach 5 Jahren sinnvoll ist.

Die Einführung einer „Verschrottungsprämie“ für Autos käme jedoch nach Ansicht des Mouvement Ecologique einer Verschleuderung von Steuergeldern gleich.

Der Mouvement Ecologique spricht sich aufgrund zahlreicher Argumente gegen diese Verschrottungsprämie aus:

- **Geld wird überwiegend für sog. Mitnahmeeffekte ausgegeben:** Es ist davon auszugehen, dass vor allem Mitnahmeeffekte finanziert werden. Luxemburg hat eine recht neue Fahrzeugflotte und Besitzer von Wagen, welche älter als 10 Jahre sind, denken zu einem guten Teil wohl bereits von sich aus an einen Neukauf. Der Staat würde somit unnötigerweise erhebliches Geld für Maßnahmen ausgeben, die sowieso realisiert werden würden.

- **Eher negative Ökobilanz:** Der Bau eines Wagens ist mit einem besonders hohen Ressourcen- und Energieverbrauch verbunden. Ein Wagen müsste bereits besonders alt sein, damit sich dieser Verbrauch gegenüber der zu erwarteten Einsparung rechnen könnte. Experten gehen von

Personenwagen aus, die mindestens älter als 12 Jahre sind. Andere führen an, dass die Bilanz sogar noch bei derartigen Modellen negativ bleiben würde.

- **Hohe Kosten:** Die Kosten für eine vermiedene Tonne CO₂ sind im Vergleich zu anderen Maßnahmen sehr hoch. Gebäudesanierung, Förderung des öffentlichen Transportes ... sind Maßnahmen, welche mit verhältnismäßig weniger Geldern durchaus höhere CO₂-Einsparungen mit sich bringen.

- **Undifferenzierte Finanzierung:** Unverständlich ist zudem die Tatsache, dass als Kriterium für die Zuerkennung der Abwrackprämie nicht der Wert von 120 mg CO₂/km genommen wurde, sondern sogar sogar Wagen mit einem CO₂-Ausstoß von bis zu 150g CO₂/km eine Subvention erhalten sollen! Kommt hinzu, dass die Maßnahme auch noch über den Kyoto-Fonds finanziert werden soll ...

- **Gelder fließen überwiegend ins Ausland:** Wohl profitieren z.T. Luxemburger Autohändler von der Prämie. In Luxemburg jedoch werden keine Wagen hergestellt; in wiefern die Abwrackprämie den Luxemburger Zuliefererbetrieben im Automobilbereich zu Gute kommen würde, ist reine Spekulation. Der Vorteil für die Luxemburg Ökonomie ist demnach marginal.

- **Ausgaben im Sinne des Individualverkehrs:** Fakt ist, dass der Staat außerdem erneut beabsichtigt erhebliche Gelder in den Individualverkehr zu investieren. Könnte man ggf. die CARE-Prämie für Neuwagen noch zum Teil als Markteinführungsstrategie akzeptieren, so findet mit der Verschrottungsprämie eine direkte Förderung des Individualverkehrs statt. Dies indem nicht prioritär gezielt eine verbesserte Technologie gefördert wird, sondern grundsätzlich eine Prämie für einen Neukauf bezahlt wird. Wäre der Nutzen erheblich, ließe sich noch darüber diskutieren, doch angesichts der angeführten Argumente (hohe Kosten mit geringem Nutzen u.a.m.) ist die Maßnahme nicht tragbar. Mit den vorgesehenen Geldern könnten wohl x-Häuser von sozial benachteiligten Familien saniert werden, oder monatelang ein Gratis-Night-Rider angeboten werden.

Schlußfolgerung: Das Geld – es wird sage und schreibe von 10 Millionen Euro ausgegangen - könnte an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Das Konzept der Einführung der Verschrottungsprämie sollte überdacht werden. Gerade derartige Maßnahmen sollten nicht im Rahmen eines nachhaltigen Konjunkturprogrammes finanziert werden.

Konsumsteigerung – kein Ziel an sich!

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den gesellschaftspolitischen Diskurs sind befremdend. Hatte man doch in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, dass - neben der notwendigen sozialen Absicherung für alle BürgerInnen und der Minderung der Armut in unserer Gesellschaft - sich die Stimmen jener mehrten, die da den ungebremsten Konsum nicht mehr als Lebensziel eines Einzelnen darstellten, und eine Maximierung materieller Güter auch nicht mehr in diesem Ausmaß als prioritärstes politisches Handlungsfeld ansehen würden.

In Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte der letzten Jahre schienen Fragen wie folgende in der Tat im Vordergrund zu stehen: Wie soll in den reichen Ländern der Welt „Wohlstand“ definiert werden? Ist ein unbegrenztes Wachstum angesichts eines begrenzten Planeten tatsächlich machbar? Muss statt eines blinden Konsums in westlichen Ländern nicht auch vor allem die Frage der

Gerechtigkeit auf diesem Planeten zwischen Nord und Süd gestellt werden, und was bedeutet dies für unsere Lebensgewohnheiten? ... Ist eine nachhaltige Konsum-Gesellschaft möglich?

Und auch wenn ein sozial-ökologischer Umbau zunächst einen Wachstumsschub auslösen kann, wird sich u.a. der erforderliche Rückbau des fossilen Ressourcenverbrauchs um 80-90 Prozent bis 2050 kaum mit einer Verdoppelung des Bruttosozialproduktes vereinbaren lassen (dies bei einem jährlichen Wachstum von 1,5%, wobei Luxemburg gemäß Lissabon-Strategie bis 2020 sogar von einer Wachstumsrate von 4% ausgeht).

Diese grundsätzlichen Fragen einer nachhaltigen Entwicklung scheinen nun, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder der Maxime des „Gebotes des Konsums“ zur Rettung eines wachstumsabhängigen Wirtschaftssystems weichen zu müssen.

Zukunftsfähigkeit erfordert jedoch bereits heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein „gutes“ Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein.

Ein Dreiklang ist notwendig, so wie in der rezenten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ beschrieben wird: Besser - anders - weniger - oder aber anders formuliert: notwendig ist ein Dreiklang von Dematerialisierung (Effizienz), Naturverträglichkeit (Konsistenz) und Selbstbegrenzung (Suffizienz).

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass eine tiefgreifende gesellschaftspolitische Debatte, wie wir leben wollen, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft mit hoher Lebensqualität aussehen soll, unerlässlich ist. Eine derartige Debatte wird dabei unweigerlich auch die undifferenzierte Steigerung des materiellen Konsums in Frage stellen müssen.

Elemente eines zukunftsfähigen Konjunkturprogrammes

Der Mouvement Ecologique möchte deshalb - auch im Kontext der Debatten in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung - Ideen für ein Konjunkturprogramm offen legen. Dabei sei hervorgehoben, dass der Mouvement Ecologique aufgrund seines Selbstverständnisses prioritär Maßnahmen mit einer spezifischen Nachhaltigkeits-Relevanz darlegt. Es versteht sich von selbst, dass Investitionen im sozialen Sektor sowie in die Bildung, Forschung und Kultur ebenso im Sinne eines zukunftsorientierten Konjunkturprogrammes wären.

Wirtschaft

1. „Green jobs“-Initiative in Luxemburg starten

Der Klimaschutz, die nachhaltige Entwicklung können bewusst als Motor genutzt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wird u.a. auf beeindruckende Art und Weise in einer Studie „*Emplois verts: pour un travail décent dans un monde durable, à faibles émissions de carbone*“ der Vereinten Nationen (UNEP), des internationalen Gewerkschaftsbundes und der internationalen Arbeitgeberorganisation dargelegt, welche rezent gemeinsam von Mouvement Ecologique und OGBL vorgestellt wurde.

Dabei ist aber auch gewusst, dass diverse Branchen, wie z.B. im Bereich der Logistik, eher

mit Problemen zu rechnen haben werden. Im Rahmen einer konzertierten Aktion zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren sollte gezielt untersucht werden, welche Chancen es auf der Ebene der „green jobs“ in Luxemburg gibt und wie evtl. Problemfelder offensiv angegangen werden können. Insofern sollte auch gezielt untersucht werden, wie bestehende Arbeitsplätze in momentan eher krisenanfälligen Branchen umorientiert werden können (bsp. Transportsektor im Warenbereich) und wie zukunftssträchtige Branchen weitaus stärker entwickelt werden könnten (bspw. erneuerbare Energien).

Die geplante Organisation eines Work-Shops von Umwelt- und Wirtschaftsministerium sowie der „Chambre des salariés“ zu diesem Thema wird vom Mouvement Ecologique ausdrücklich begrüßt. Luxemburg braucht eine zusammenhängende Strategie in diesem Bereich, um seinen Wirtschaftsstandort in zukunftssträchtigen Bereichen (weiter) zu entwickeln; die von Wirtschafts- und Umweltministerium eingeleitete Studien über Öko-Technologien können eine weitere wichtige Grundlage für eine solche Strategie darstellen.

2. Einstieg in Energie- und Ressourceneffizienzwirtschaft - Systematische Betriebsberatung im Sinne des Umweltmanagements

Betriebe sollten weitaus stärker angeregt werden, ihre Produktionsprozesse im Bereich Ressourcen- und Energieeffizienz zu optimieren. Durch Beratungsprogramme, durch Neuinvestitionen u.a.m. werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen, sondern mittelfristig auch die wirtschaftlichen Prozesse zukunftsfähiger gestaltet. Auch die Instrumente, die im Rahmen der Oeko-Design-Richtlinie vorgesehen sind, sollten genutzt werden.

3. Entwicklung von sinnvollen Marktanreiz-Programmen / konzertierte Aktionen mit dem Handel

Um energiesparenden Produkten, Bauweisen usw. zum Durchbruch zu verhelfen, reichen allgemeine Sensibilisierungsaktionen bei weitem nicht mehr aus. Es sollte die Rolle des Staates sein, regelrechte Markteinführungs-Programme zu erstellen und gemeinsam mit den Akteuren umzusetzen (wobei auch gezielt die nicht luxemburgisch sprechende Bevölkerung eingebunden werden muss, sowie spezifische Konzepte für finanziell schwächer gestellte Gruppen entwickelt werden sollen). Finanzielle Fördermaßnahmen allein reichen nicht aus, um einen kurz- und langfristigen Effekt zu erzielen!

4. Regionale Märkte weiter entwickeln, regionale Produkte fördern und Initiativen stärken

Aus hinlänglich bekannten Gründen (Arbeitsplätze vor Ort schaffen, Verringerung der Verkehrswege, Verbleib des Ertrags vom Wirtschaftsprozess in der Region) gilt es die regionale Produktion zu unterstützen. Wohl erfolgt dies teilweise in Leadergebieten sowie in Naturparkregionen. Allerdings gälte es diese Unterstützung im Allgemeinen konsequenter auszubauen, losgelöst von der Region und von bestimmten zeitlich angesiedelten EU-Förderprogrammen. Auch in diesem Bereich sollten die jeweils zuständigen Ministerien die Beratung vorantreiben, Unterstützung auf finanzieller Ebene gewährleisten sowie die Informations- und Sensibilisierungsarbeit für regionale Produkte unterstützen u.a.m. Zudem gilt es mittels Lastenheften des Staates, innerhalb der Verwaltung, in angegliederten Strukturen (z.B. Lyzeen usw.) gezielt den Absatz regionaler Produkte zu fördern.

5. Neuartige Dienstleistungsformen / Solidarwirtschaft fördern

Sicherlich werden durch diese Maßnahme kurzfristig keine hunderte von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Doch mittel- bis langfristig können sie EIN wichtiges Element in einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur darstellen (und z.T. auch benachteiligten

Bevölkerungsgruppen zu Arbeitsplätzen zu verhelfen): Die Förderung von Reparaturzentren; das Vermieten statt des Verkaufs von Geräten; Projekte wie Car-Sharing, Mitfahrzentralen ... sind nicht nur Projekte, die den Ressourcenverbrauch reduzieren helfen, sondern schaffen Arbeitsplätze für Menschen, die z.T. ansonsten schwerer zu vermitteln wären.

Klima- und Effizienzstrategie

6. Energetische Sanierung staatlicher Gebäude konsequenter angehen

Der Staat sollte gemäss Prioritätenplan weitaus dynamischer als in der Vergangenheit seine eigenen bestehenden Gebäude aus energetischer Sicht sanieren, das Bautenministerium müsste über die diesbezüglichen notwendigen Finanzmittel verfügen. Das Programm könnte noch weitaus konsequenter vorangetrieben werden, als dies derzeit der Fall ist. Entsprechend sollte ein transparenter Prioritätenplan veröffentlicht und konsequent durchgezogen werden.

7. Altbausanierung bei Privathäusern vorantreiben

Das Energieeinsparpotenzial im Gebäudebereich liegt bei etwa vierzig Prozent. Ein guter Teil der älteren Wohnungen, jedoch auch des rezenten Wohnbestandes, ist energetisch sanierungsbedürftig. Mit dem aktuellen Tempo braucht Luxemburg - trotz guter Fördermaßnahmen - noch Jahrzehnte, bis das Soll erfüllt ist.

Die staatlichen Subventionsprogramme alleine reichen nicht aus, um der Altbausanierung zum Durchbruch zu verhelfen. Eine regelrechte Marktoffensive ist erforderlich, Programme sollen mit dem Handwerk erstellt werden, auch sollten weitergehende Fördermaßnahmen in Bezug auf eine Krediterleichterung geprüft werden. Eine weitaus gezieltere Informationsoffensive aller Akteure u.a.m. ist unerlässlich.

8. Sanierung von Mietwohnungen

Fakt ist, dass derzeit der Anreiz von Hausbesitzern die Sanierung von Mietwohnungen durchzuführen noch recht gering ist. Denn die Eigentümer selbst ziehen nur begrenzt einen direkten Nutzen daraus, wenn der Energieverbrauch der Mietwohnung reduziert werden kann. Neue Modelle, bei dem sowohl Vermieter als auch Mieter von der energetischen Sanierung und den gesunkenen Heizkosten profitieren, sollen umgehend entwickelt und umgesetzt werden. MieterInnen müssen zudem in einem gewissen Ausmaß das Recht bekommen, entsprechende Sanierungen zu verlangen.

9. Erneuerbare Energien konsequenter umsetzen / Luxres-Studie aus der Schublade nehmen

Kein Neubau ohne Solaranlage, Betriebe mit großen Dachflächen in Aktivitätszonen für die Einrichtung erneuerbarer Energien gewinnen, noch stärker als bisher Gemeinschaftsanlagen fördern ... es liegen noch zahlreiche ungenutzte Potenziale im Bereich der erneuerbaren Energien, die es endlich aufzugreifen gilt. Auch hier heisst es: Markteinführungsprogramme, konsequente Beratung, offensiveres Herangehen an Akteure u. a.m. Die sogenannte staatliche Luxres-Studie, in der eine Potenzialanalyse für den Ausbau erneuerbarer Energien durchgeführt wurde, macht konkrete Vorschläge, die zum größten Teil einer Umsetzung harren.

10. Nah- und Fernwärmenetze ausbauen

In Luxemburg liegt die Verlegung von Nah- und Fernwärmenetzen noch in den

Kinderschuhlen, was sicherlich auch an den derzeit nicht ausreichenden Subventionen liegt. Der Staat sollte diese Fördergelder massiv aufstocken.

11. Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen ausbauen und weiter fördern

Diese Anlagen erzeugen nicht nur Strom, sondern nutzen auch die Wärme und sind insofern aus ökologischer und energetischer Sicht besonders sinnvoll. Deren Bau schafft Arbeitsplätze vor Ort, statt dass Gelder für den Energieimport überwiegend an Energiemultis und Spekulanten gezahlt werden müssen.

12. Flächendeckende Energieberatung verstärken

Von herausragender Bedeutung wäre es zudem, die Energieberatung weitaus attraktiver zu gestalten: Wenn denn das Energiesparen von derart zentraler Bedeutung im Klimabereich ist und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden können, warum dann nicht – neben anderen Maßnahmen - sogar die Energieberatung weiterhin verbilligen, da sie die Grundvoraussetzung für das Energiesparen ist und somit auch Unentschlossene gewonnen werden können?

13. Gemeinden als „Wirtschafts-Akteure“ anerkennen

Wer will, dass auch Gemeinden in einem Konjunkturprogramm ihre Aufgabe übernehmen sollen, muss auch hier die Rahmenbedingungen verbessern. Darf eine Gemeinde sich an einer Gesellschaft (sàrl oder S.A.) beteiligen, um z.B. eine Energieproduktionsanlage zu betreiben? Darf das Innenministerium das Prinzip, dass eine Gemeinde keinen Gewinn durch den Verkauf von Dienstleistungen erwirtschaften darf, soweit führen, dass eine Kostenberechnung in der Praxis fast unmachbar wird? Warum darf eine Gemeindetaxe keinen dynamischen Kostenfaktor enthalten, der sich z.B. an Energiekosten des freien Marktes orientiert? Ohne eine Klärung solcher Schlüsselfragen werden einige sinnvolle Projekte, wie z.B. kommunale Nahwärmenetze mit Anschluss von Privathaushalten, nicht vorankommen. Diese Fragestellung muss umgehend geklärt werden, damit auch Gemeinden eine dynamischere Rolle übernehmen könnten.

Aktionsplan für benachteiligte Bevölkerungsgruppen

14. Aktionsprogramm „Soziales und Umwelt“

Fakt ist, dass Personen mit geringerem Einkommen kaum Zugang zu diversen zentralen Initiativen im ökologischen Bereich haben: Ein gewisses Grundeinkommen ist z.B. notwendig, um überhaupt ein Haus energetisch sanieren zu können. Z.T. sind ökologische Produkte, z.B. energiesparende Geräte, in der Anschaffung teurer als herkömmliche (auch wenn sie mittel- bis langfristig Kostenvorteile mit sich bringen), so dass sie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen weniger auf Anklang stossen. Zudem werden verschiedene Bevölkerungsschichten (wie z.B. ausländische MitbürgerInnen) erfahrungsgemäß mit den heutigen Kommunikationsmitteln überhaupt nicht für Themen wie Energiesparen usw. gewonnen. Es sollte deshalb ein gezielter Aktionsplan „Soziales und Umwelt“ für finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen entwickelt werden, der umgehend umgesetzt werden müsste.

15. Energetische Optimierungen auf der Ebene des Sozialen Wohnungsbaus

Staat und Gemeinden sollten gezielt Sanierungsmaßnahmen aus energetischer und ökologischer Sicht an ihrem Gebäudebestand im Bereich sozialer Wohnungsbau durchführen,

denn gerade dort kämen Energieeinsparungen jenen zu Gute, die unter hohen Energiekosten am meisten zu leiden haben.

Naturschutz / Biodiversität Mensch und Kultur schützen

16. Durchgrünung der Siedlungen deutlich erhöhen

Im Siedlungsbereich besteht vielerorts ein erheblicher Bedarf Grünflächen anzulegen, um sowohl die Lebensqualität der Menschen als auch die biologische Vielfalt zu verbessern. Deshalb sollten die Gemeinden staatlicherseits angeregt und unterstützt werden, um die Durchgrünung ihrer Ortschaften mit einheimischen Arten voranzutreiben (Begrünung entlang von Straßen; Gebäude, Türme, Stadtmauern u.ä. Bauten sind mit ihren Lücken- und Nischenstrukturen für Pflanzen und als Brutstätten für Tiere zu erhalten und neu zu gestalten u.a.m.).

17. Kulturlandschaftsprogramm in die Wege leiten

In diesem Sektor könnte so manche Initiative ergriffen werden, die für Garten- und Landschaftsbauunternehmen von Vorteil wäre: von der Renaturierung ausgeräumter oder defizitärer Landschaften z.B. Bongertenlandschaften im Osten, Lohheckennutzung im mittleren Ösling bis hin zu Hecken und Solitärbäumen im Raum Mersch - Redingen.

18. Gewässerprogramm konsequent angehen

Die Wiederherstellung naturnaher Fließgewässer (Durchgängigkeit, Uferstrukturen) sollte, wie auch in der Wasserrahmenrichtlinie vorgesehen, umgehend angegangen werden. Entsprechende Maßnahmen bieten nicht nur Vorteile aus Naturschutzsicht, sondern auch im Sinne des Hochwasserschutzes.

19. Biotopverbund-Systeme verstärken

Grundsätzlich sollten weitaus stärker Gelder in die Schaffung von größeren Biotopverbund-Systemen investiert werden. Solche Projekte sind recht arbeitsintensive Maßnahmen, die Menschen ansprechen, die ansonsten auf dem Arbeitsmarkt z.T. schwerer zu vermitteln sind. Hierzu gehören auch Wildtierpassagen, Landschaftsbrücken an bestehenden Straßen - und Bahntrassen (in Kombination mit Kulturlandschaftsprogramm).

Wasserschutz

20. Bau und Erneuerung von Kläranlagen sowie von Kanalnetzen vorantreiben / Quellfassungen erneuern und absichern

Es gibt in Luxemburg bekanntlich noch erhebliche Defizite auf der Ebene der Kläranlageninfrastrukturen. Auch hier gälte es kurzfristig durch zusätzliche Investitionen für einen Qualitätssprung zu sorgen und eine weitaus zügigere Bearbeitung drängt sich auf, dies im Sinne einer fristgerechten Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Auch sonstige Projekte der Wasserrahmenrichtlinie, wie z.B. Renaturierungsmaßnahmen und Regenwassermanagement, sollten kurzfristiger als wohl bisher geplant angegangen werden.

Mobilität

Der Ausbau sowohl der Dienstleistungen als auch der Infrastrukturen auf der Ebene des öffentlichen Transportes ist äußerst arbeitsintensiv, aber umso zukunftsweisender. Deshalb sollten Investitionen im Bereich des öffentlichen Transportes allerobere Priorität genießen.

21. Mobilitätsberatung für Betriebe, Erweiterung der flexiblen Angebote im Mobilitätsbereich

So mancher Arbeitsplatz könnte geschaffen werden, in dem noch weitaus intensiver als in der Vergangenheit Projekte zur Förderung des öffentlichen Transportes und der sanften Mobilität unterstützt werden würden: Berater zur Erstellung von Mobilitätskonzepten (und Vermarkter dieser Ideen), verstärktes Angebot an spezifischen Busdiensten, sind zentrale Stichworte in diesem Zusammenhang. Dafür ist ebenso eine Fortentwicklung des Verkehrsverbundes notwendig.

22. Umgestaltung der Straßenräume für sanfte Mobilität - Ausbau des Radwegenetzes

So mancher Arbeitsplatz ließe sich auch schaffen, wenn das Straßennetz graduell umgestaltet werden würde: Radpisten, Begrünung, zusätzliche Fußwege sind zentrale Elemente in diesem Kontext. Außerdem könnten sowohl auf der Ebene der Planung als auch der Umsetzung Arbeitsplätze durch die weitere Gestaltung von Radwegen geschaffen werden.

23. Investitionen in Ausbau der Schieneninfrastrukturen vorantreiben

Auch wenn Maßnahmen auf der Ebene der Schieneninfrastruktur nicht alle kurzfristig greifen, so sind sie doch von mittel- bis langfristiger Bedeutung. Der prioritäre Ausbau der Schieneninfrastrukturen ist die Voraussetzung für die Absicherung von Arbeitsplätzen vor Ort und ist zudem eine zentrale Zukunftsinvestition für unser Land.

Was Luxemburg - mit einem der dichtesten Straßennetze der Welt - hingegen definitiv nicht braucht, sind neue Straßen. In diesem Bereich sollte nur in die Sanierung und Sicherheit der bestehenden Straßen und Brücken investiert werden. Neue Straßen führen zu mehr Verkehr, verlagern Verkehr, lösen grundsätzlich jedoch keineswegs unsere Verkehrsprobleme.

Sanfter Tourismus

24. Sanften Tourismus fördern

Im Tourismusbereich liegt noch so manches Entwicklungspotenzial, auch kurzfristig. Zahlreiche Maßnahmen, die in vielen Analysen auch des Europäischen Tourismusbüros dargelegt wurden, könnten weitaus zügiger angegangen werden. Die Maßnahmen reichen von einer weiteren Professionalisierung, über eine bessere und innovativere Vermarktung bis hin zu mittel- bis langfristigeren Maßnahmen, wie beispielsweise die Schaffung von neuen Indoor-Aktivitäten. Das Dossier Meysemburg ist derzeit ein gutes Beispiel für verpasste Chancen, die schneller aufgegriffen werden könnten. Gerade im Bereich eines naturverträglichen Tourismus liegen kurzfristig Chancen, u.a. auch für bestimmte Adressaten-Gruppen, wie z.B. Familien u.a.m.

Entscheidungsstrukturen optimieren

25. Bürokratie abbauen – allerdings ohne Beschneidung der Bürgerrechte

Bestimmte Kreise fordern, die Entscheidungsprozeduren müssten gerafft werden. Der Mouvement Ecologique ist der Meinung, dass in der Tat allzu häufig auch aufgrund schlecht durchdachter Gesetze Entscheidungsprozesse unnötig verschleppt werden (z.B. im Rahmen der Umsetzung der Planungsrichtlinie, wo keine Harmonisierung mit anderen Gesetzgebungen mit ähnlichen Prozeduren erfolgte, oder beim neuen Gesetz betreffend die Flächennutzungsplanung in den Gemeinden).

Auf keinen Fall jedoch darf diese Überarbeitung von Prozeduren dazu führen, dass Bürgerrechte beschnitten oder Umweltnormen in Frage gestellt werden. Der Mouvement Ecologique bleibt auch der Überzeugung, dass Entscheidungen umso kurzfristiger umsetzbar sind, desto transparenter sie auch im Vorfeld mit den BürgerInnen diskutiert werden.

Grundsätzliche Voraussetzungen

- Die notwendigen personellen Voraussetzungen schaffen

Selbst das bestgemeinte Konjunkturprogramm kann nur dann umgesetzt werden, wenn auch auf staatlicher Ebene die personellen Voraussetzungen hierzu gegeben sind. Kurzfristige Effekte im Sinne der Nachhaltigkeit UND der Wirtschaft bzw. der Arbeitsplätze sind nur möglich, wenn regelrechte Task-Forces - zumindest zeitbegrenzt - mit entsprechend qualifizierten Teams zur Verfügung stehen, um eine Umsetzung überhaupt zu ermöglichen. Es braucht also auch Investitionen in Menschen!

- Finanzierungsplan offen legen

Zukunftsfähigkeit bedeutet auch eine auf Langfristigkeit ausgelegte Budgetpolitik zu betreiben. Insofern erwartet der Mouvement Ecologique, dass in aller Offenheit die Finanzierbarkeit von Maßnahmen offen gelegt wird. Der Mouvement Ecologique möchte erneut darauf verweisen, dass der Staatshaushalt untersucht werden soll, welche bis dato finanzierte Maßnahmen nicht konform zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und nicht mehr erwünscht sind. Die hier eingesparten Gelder könnten im Sinne eines ökologischen Konjunkturprogrammes genutzt werden.

- Der Luxemburger Wirtschaftsstandort morgen: Notwendigkeit einer Zukunftsdebatte

Doch losgelöst von einem „nachhaltigen Konjunkturprogramm“ sollte Luxemburg sich weitaus grundsätzlicheren Fragen stellen.

Wie kann ein nachhaltiger Wirtschaftsstandort Luxemburg aussehen? Wie kann eine langfristig abgesicherte nachhaltige Budgetpolitik, wie ein nachhaltig abgesichertes Sozialsystem gestaltet werden? Wie auch soll die Rolle Luxemburgs in der Großregion aussehen? Positiv wertet der Mouvement Ecologique, dass Wirtschafts- und Umweltministerium an der Studie über „Ökotechnologien“ arbeitet. Die Umsetzung dieser Studie sollte zügig angegangen werden.

Ein eventuelles Konjunkturprogramm wird unweigerlich zusätzliche staatliche Ausgaben nach sich ziehen. Diese sind - im Hinblick auf zukünftige Generationen - dann zu verantworten, wenn sie zukunftsstragende Weichenstellungen im Bereich von Wirtschaft, Ökologie und Sozialem ermöglichen.

Luxemburg, den 20. Januar 2009